

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 8,15, 27 – Gemeindefinanzreform

Dazu sagt die Parlamentarische Geschäftsführerin  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,  
**Monika Heinold:**

**Fraktion im Landtag  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: [presse@gruene.ltsh.de](mailto:presse@gruene.ltsh.de)

Internet: [www.gruene-landtag-sh.de](http://www.gruene-landtag-sh.de)

**Nr. 040.03 / 20.02.2003**

## **Gemeindefinanzen müssen dauerhaft gestärkt werden**

Herzlichen Dank an den SSW für seinen heutigen Berichts Antrag. Nur ein zeitnah informiertes Parlament kann sich kritisch und konstruktiv an der Diskussion um die Gemeindefinanzreform beteiligen.

In der Analyse sind wir uns einig: Den Kommunen geht es bundesweit schlecht. Wegbrechende Gewerbesteuererinnahmen, steigende Arbeitslosigkeit, Insolvenzen und steigende Kosten, vor allem bei den Sozialhilfeausgaben, führen in vielen Kommunen dazu, dass selbst notwendige Ausgaben nicht mehr getätigt werden können und dass auch notwendige Investitionen zurückgestellt werden müssen. Damit verstärkt sich die Abwärtsspirale, denn gerade die kommunalen Investitionen sind für die örtliche Wirtschaft überlebensnotwendig.

Wir sind uns wohl auch darüber einig, dass wir ein langfristiges Konzept zur Sicherstellung der kommunalen Einnahmen brauchen, welches Ausgabeverantwortung der Kommunen mit den ihnen zukommenden Einnahmen in Übereinstimmung bringt.

Dazu haben die rot-grünen Koalitionsfraktionen in Berlin letzte Woche einen Antrag im Bundestag verabschiedet, der noch einmal darauf hinweist, dass die eingesetzte Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände die Aufgabe hat, Vorschläge zu machen, um das Kommunalsteuersystem zu modernisieren und um durch die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe Städte und Gemeinden zu entlasten.

So soll auf Dauer Abhilfe für die Finanznot der Kommunen geschaffen werden: Ich gebe ehrlich zu, dass ich mir eine solche Lösung deutlich früher gewünscht hätte.

In der letzten Woche haben Finanzwissenschaftler im Auftrag der Bertelsmannstiftung ein Konzept für eine Gemeindefinanzreform vorgestellt, das einen durchaus interessanten Lösungsvorschlag präsentiert. Als Kern der Neuordnung der kommunalen Haushalte schlagen diese Fachleute die Einführung einer kommunalen Bürgersteuer und einer lokalen Wirtschaftssteuer vor.

Eine Bürgersteuer würde den bisherigen Anteil der Kommunen an der Einkommenssteuer ersetzen und direkt von den Kommunen erhoben werden. Anstelle der Gewerbesteuer träte eine lokale Wirtschaftssteuer, die auch Freiberufler und Landwirte zu zahlen hätten. Diesen Vorschlag will meine Fraktion nicht „1 zu 1“ umsetzen, aber er enthält zumindest interessante Denkansätze, die mit in unsere Meinungsbildung einfließen werden.

Die Modernisierung der Gewerbesteuer ist überfällig. Schon lange stimmen Aufgabenverantwortung und Einnahmen der Kommunen nicht mehr überein.

Die Gewerbesteuer ist ein Band zwischen den Kommunen und der örtlichen Wirtschaft. Deshalb wollen wir sie nicht abschaffen, sondern modernisieren.

Eine gute Möglichkeit für eine sofortige Verbesserung der Steuereinnahmen von Ländern und Kommunen ist das Steuervergünstigungsabbaugesetz. Aber genau dieses Gesetz wird von der CDU im Bundesrat blockiert – obwohl es bei den Kommunen schon im Jahr 2004 zu Mehreinnahmen von 2,1 Mrd. Euro führen würde – und im Jahr 2005 zu 3,2 Mrd. Euro.

Nun zu den CDU-Anträgen, über die wir heute befinden sollen. Da ist zum einen der Gesetzentwurf zum Abbau von Standards: Diese Debatte ist nicht neu, vor kurzem haben wir einen ähnlichen Antrag der CDU nach langer Beratung in den Ausschüssen abgelehnt. Aber wir werden selbstverständlich auch diesen neuen Gesetzentwurf in den Ausschüssen erneut gründlich beraten.

Außerdem hat die CDU einen Entschließungsantrag zur „Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit“ vorgelegt. Ich sage mal so: Die CDU wäre ihr Oppositionsgeld nicht wert, wenn sie es nicht geschafft hätte, dieses Thema eine Woche vor der Kommunalwahl in den Landtag zu ziehen.

Nun zum Inhalt: Wir sind uns einig in der Forderung nach einer umfassenden Gemeindefinanzreform. Nur möchte die CDU ja keine Steuermehreinnahmen, sondern eine Umverteilung der bestehenden Masse zu Gunsten der Kommunen.

Da bleibt nur die Frage, wer denn etwas abzugeben hat. Das Land? Ich habe noch die lautstarken Forderungen der CDU im Ohr, die noch im Dezember allen Demonstranten vor dem Landeshaus mehr Mitteln versprochen hat. Da hatte ich nicht den Eindruck, dass die CDU glaubt, dass das Land so reichlich ausgestattet ist, dass es ohne Probleme die kommunalen Mittel aufstocken könnte.

Oder hat der Bund noch zu viel Geld? Wenn das die Meinung der CDU ist, warum ist denn Waigel nie mit den Steuereinnahmen ausgekommen? Aber heute scheint der Bund ja genug Geld zu haben, da kann die CDU natürlich neue Investitionszuweisungen vom Bund für die Kommunen fordern.

Dann fordert die CDU noch die Konnexität: Klar, die fordert die schleswig-holsteinische CDU immer dann, wenn sie selbst nicht regiert. Weder Barschel noch Kohl noch Stoltenberg haben im Land oder im Bund die Konnexität eingeführt. In Schleswig-Holstein war dieses erst unter rot-grün möglich.

Dann kritisiert die CDU in ihrem Antrag noch die Entnahme von 150 Mio. Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich in den Jahren 2001 bis 2004 zu Gunsten des Landes. Die CDU Landtagsfraktion hat allerdings in ihren eigenen Haushaltsanträgen weder für 2002 noch für 2003 dieses Geld wieder zu Gunsten der Kommunen eingestellt und ich zitiere die Begründung des Fraktionsvorsitzenden Kayenburg dazu aus einem Brief an mich aus dem Dezember 2001:

„Die CDU-Fraktion lehnt weitere Eingriffe in den kommunalen Finanzausgleich ab. Nachdem dieser Eingriff im vergangenen Jahr jedoch zum Teil durch Steuermehreinnahmen der Kommunen aufgefangen werden konnte, haben wir darauf verzichtet, hierzu einen Änderungsantrag zu stellen“.

Na bitte, aber so viel Differenziertheit in der Argumentation gibt es bei der CDU wohl nur, wenn man das Ganze selbst finanzieren muss.

Und dann kommt im CDU-Antrag noch eine wilde Aufzählung all der Dinge, die man will oder nicht will, und wo man meint, es macht sich vor der Kommunalwahl gut, dass dieses noch mal gesagt wird:

- Mehr Geld für die Kommunen beim quotalen System (Sozialhilfeabrechnung);
- Verurteilung der Abwicklung der Grundsicherung;
- keine Kommunalisierung der Schulen;
- mehr Beteiligung der Kommunen bei der Beratung von Landesgesetzen - nur komisch, dass es auch dieses zu CDU Zeiten nicht gab!
- Standardöffnungen und Abbau von Vorschriften und Verordnungen – was ist die CDU nur für eine tolle unbürokratische Partei, würde sie regieren, würde ja alles wunderbar und straff organisiert sein!

Und wer dieses dann alles glaubt, der darf am 2. März bei der Kommunalwahl die CDU wählen!!

Meine Fraktion sieht die Welt und die notwendigen Reformen etwas differenzierter:

Wir sehen die Finanznot der Kommunen und drängen darauf, dass die Berliner Kommission zügig arbeitet, damit spätestens ab Januar 2004 eine umfassende Gemeindefinanzreform Realität wird.

Unser Ziel ist es, dass Kommunen wieder investieren können und dass die Selbstverwaltung wieder finanzielle Gestaltungsspielräume erhält.

Wir wollen eine Veränderung der Gewerbesteuer unter Einbeziehung aller am Ort ansässigen Betriebe, auch der Freiberufler.

Wir glauben, dass der Staat ohne Mehreinnahmen nicht auskommt: Deshalb setzen wir auf eine Mindestbesteuerung von Betrieben, auf die Beteiligung von Wohlhabenden an der Finanzierung des Staates und auf das geplante Steuervergünstigungsabbaugesetz.

Und wir setzen auf schnelle Reformen: Senkung der Lohnnebenkosten, einheitliches Dienstrecht, Reform der Sozialkassen.

Nicht alles wird die rot-grüne Bundesregierung so umsetzen, wie es sich meine Fraktion wünscht, aber ich bin mir sicher, dass es im Interesse der Kommunen noch in diesem Jahr zu einer Gemeindefinanzreform kommt, die spätestens ab 2004 die Gemeindefinanzen dauerhaft stärkt.

Der Resolution der CDU können wir nicht zustimmen: Sie streut den Kommunen Sand in die Augen, indem sie suggeriert, man könne Weihnachten und Ostern auf einen Tag legen und dieses täglich wiederholen.

Außerdem wollen wir – im Gegensatz zur CDU – ausdrücklich und gerade in Bezug auf die Lehrer-Personalverantwortung die Kommunalisierung der Schulen. Aber vor so viel kommunaler Eigenverantwortung hat die CDU wohl Angst.

Wir haben uns darauf verständigt, die Resolution der CDU in die zuständigen Ausschüsse zu überweisen.

\*\*\*